

## **SWR1-Interview zur Finanzlage der Kommunen**

mit Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des DStGB, Berlin  
vom 28. Dezember 2010

### **SWR1**

Das Jahr ein Rekorddefizit von 11 Mrd. Euro. Der Wirtschaft geht es besser, den Kommunen geht es schlechter. Der wirtschaftliche Aufschwung ist in den Kassen der Kommunen nicht angekommen, sagt Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Woher das Haushaltsloch kommt und was die Kommunen vor dem finanziellen Kollaps retten könnte, klären wir gleich.

Die Kommunen in Deutschland sind in der schwersten Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik. So drastisch hat es heute Roland Schäfer, der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes formuliert. Zwischen Einnahmen und Ausgaben klafft dieses Jahr ein Haushaltsloch von 11 Mrd. Euro. Und 2011 wird es wohl so ähnlich aussehen. Gerd Landsberg ist Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Guten Abend, Herr Landsberg.

### **Dr. Landsberg**

Guten Abend.

### **SWR1**

11 Mrd. Defizit. Und das trotz des Aufschwungs in Deutschland. Warum kommt bei den Städten und Gemeinden vom Wirtschaftsaufschwung nichts an?

### **Dr. Landsberg**

Das liegt insbesondere daran, dass wir weniger ein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem haben. Das heißt, die Soziallasten, die die Kommunen tragen müssen, die steigen. Das hat auch mit dem Wirtschaftsaufschwung relativ wenig zu tun. Ich will ein Beispiel nennen: Wir finanzieren pro Jahr mit etwa jetzt 13,3 Mrd. die Eingliederungshilfe für Behinderte. Und vom Aufschwung ist das unabhängig. Wenn jetzt jemand ungewollt behindert wird, oder auch geboren wird, die Aufwendungen werden weiter steigen, auch wenn der Aufschwung bleibt, was wir natürlich hoffen.

### **SWR1**

Wenn die Gemeinden kein Geld haben, dann fallen natürlich auch viele Angebote für die Bürger erst einmal weg. Ihr Präsident, Roland Schäfer, sieht durch das Rekorddefizit aber auch die lokale Demokratie gefährdet. Warum?

**Dr. Landsberg**

Das ist ganz sicher so. Wir erleben ja in den Städten, dass Ratsmitglieder sich dem Wahlkampf stellen und dann bekommen sie auch dieses Amt. Und was können sie machen? Sie können relativ wenig machen. Ein Großteil der Kommunen steht unter Aufsicht, das heißt, wir dürfen selbst kleine Ausgaben – ich nenne einmal ein Beispiel: 500 Euro für einen Verein, dann nur noch nach Genehmigung der Aufsichtsbehörde ausgeben. Wir haben schon Beispiele in Deutschland, wo es Kommunen schwer fällt, überhaupt Bürger sowohl für den Rat wie auch für das Bürgermeisteramt zu finden. Und ein bisschen fühlen wir uns eben alleingelassen und deswegen auch dieser Appell heute.

**SWR1**

Bundesfinanzminister Schäuble hat ja schon einige Vorschläge gemacht, wie man die Haushaltslage der Gemeinden verbessern könnte. Sie könnten z. B. die Höhe der Einkommenssteuer selbst festlegen und der Bund könnte die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung voll übernehmen. Das wären schon einmal knapp 4 Mrd. Euro. Das reicht Ihnen aber vermutlich nicht, oder?

**Dr. Landsberg**

Wenn Sie sich das Defizit anschauen von über 11 Mrd. Euro ist das natürlich ein positives Signal, wenn der Bund die Grundsicherung übernimmt, zumal die weiter steigen wird. Aber das reicht nicht. Summa summarum sind wir jetzt bei 41 Mrd. Sozialkosten. Vor etwa 10 Jahren war es noch nicht einmal die Hälfte. Und das ist eigentlich das Kernproblem.

**SWR1**

Und was erwarten Sie von der Bundespolitik. Sollte man umverteilen?

**Dr. Landsberg**

Wir haben ja eine Gemeindefinanzkommission. Die muss endlich wirklich Sozillasten anders verteilen. Vielleicht auch anders finanzieren. Es geht ja auch darum, dass wir investieren sollen. Wir sollen Kindergärtenplätze bauen, wir sollen die Schulen in Ordnung bringen. Nur dann muss man auch gesamtwirtschaftlich die Frage stellen, wie soll das langfristig finanziert werden. So geht es jedenfalls nicht weiter.

**SWR1**

Die Lasten müssen also demnächst anders verteilt werden.

Vielen Dank, Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.